

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 13

Ersteinst. Sonntag.
Zugabepreis vierteljährlich 1,50 Mk. Für Postbest.
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 22. März 1931

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neue Markt 6-12 IV
Telefon: Berlin G 2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

Die gewerkschaftliche Organisationsmacht.

Die Gewerkschaften sind die Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse.

Karl Marx.

Im Wirbel unruhiger Zeiten hat jeder einzelne Mensch das Bedürfnis, sich nach festen Stützpunkten umzusehen. Di. gegenwärtige Zeit ist unruhiger und beklemmender als irgend zuvor. Alles fließt durcheinander, ein ständiges Auf und Nieder, rücksichtsloser Kampf aller gegen alle ist das Zeichen der Zeit. Die Unruhe ist deshalb so allgemein, weil einem großen Teil von Menschen die seitherigen Existenzmöglichkeiten genommen wurden und die übrigen ebenfalls in ständiger Angst leben, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden. Noch niemals war die Existenz auf eine so unsichere Grundlage gestellt wie gegenwärtig. In diesem ruhelosen Wirbel sind die Gewerkschaften ein festes Bollwerk, oft der letzte Halt der arbeitenden Massen. Sie stehen wie ein Fels im wogenden Meer. An ihren Grundfesten brandet eine wilde Flut, doch noch ist es nicht gelungen, dieses Bollwerk der Arbeiterklasse irgendwie zu erschüttern. Dessen wollen wir uns freuen und mit Eifer bestrebt sein, diesen Schutz weiter auszubauen.

Nach Karl Marx sind die Gewerkschaften, „ohne daß sie sich dessen bewußt sind, zu Brennpunkten der Organisation der Arbeiterklasse geworden“. Wir glauben, daß diese Worte von Karl Marx zu keiner Zeit richtiger waren als in der gegenwärtigen. Deshalb trifft auch eine weitere Ansicht von Karl Marx vollinhaltlich zu: „Die Gewerkschaften fesseln die Arbeitermassen auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusehen.“

Im Jahrbuch der Berufsverbände, in dem die Hunderte von Organisationen der Unternehmer, Arbeiter, Beamten und freien Berufe verzeichnet sind, spiegelt sich das organisatorische Ringen um Macht und Einfluß wider. Kann man jedoch bei den Unternehmern nur rücksichtslose Interessenvertretung beobachten, dann ist bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten das Gegenteil der Fall. Die breite Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger bildet für viele Organisationsmühtige die Eisensiese, auf der sie sich herumtummeln. Hier zeigte sich ein Durcheinander von religiösen, politischen und wirtschaftsfriedlichen Richtungen. Und noch ist kein Ende abzusehen, denn oft erleben wir es, daß neue Organisationsplitter sich vom Mutterkern ablösen oder neue Verbände entstehen. Die kommunistischen Gewerkschaftsgründungen der neuesten Zeit sind dafür das beste Beispiel. In diesem organisatorischen Werben offenbart sich der Kampf um die Seele des Ar-

beiters. Die freien Gewerkschaften sind darin in der Führung und werden diese auch behalten.

Anfang 1929 waren in Deutschland rund 17 Millionen Arbeiter und Angestellte gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die Gesamtzahl der in sogenannten Arbeitnehmerverbänden organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten betrug zur gleichen Zeit rund 9 Millionen. Es entfallen zwei Drittel auf die Arbeiter und der Rest auf Angestellte und Beamte. Gegenüber den gegen Arbeitslosigkeit Versicherten bedeuten die 7,48 Millionen organisierter Arbeiter und Angestellten 44 Proz. Wenn wir von den übrigen 56 Proz. 20 Proz. abziehen, die für eine gewerkschaftliche Organisation nicht in Frage kommen, dann verbleiben immer noch 35 bis 40 Proz. Hand- und Kopfarbeiter, die einer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören. Hieraus ist zu ersehen, wie außerordentlich groß das Organisationsfeld der Gewerkschaften noch ist. Ein Rundgang durch den Bau der Gesamtbewegung bestätigt, daß die weitaus größte Zahl der Arbeiter den freien Gewerkschaften angehören. Dies stellt auch das Jahrbuch mit folgendem Satz fest: „Unter den Organisationsgruppen stehen die freigewerkschaftlichen Arbeiterverbände weitaus voran.“ Umfang und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Organisiert waren Anfang 1929	Männliche Arbeiter	Weibliche Arbeiter	Insgesamt	Von 100 waren m. w.
freigewerkschaftl.	4 127 281	739 645	4 866 926	85 15
christlich-national	639 714	124 129	763 843	84 16
sozialist.-national	190 905	13 239	204 144	93 7
kommunist. Richt.	68 100	3 750	71 850	95 5
wirtschaftsfriedl. selbst. Verbände.	16 124	26 678	42 802	38 62
Zusammen	5 042 124	907 441	5 949 565	85 15

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften rund 82 Proz. aller organisierten Arbeiter in sich vereinigen. Sie bilden den Kernpunkt der Arbeiterbewegung überhaupt. Alles, was darum herum treucht und fleucht, lebt nur von Demagogie und von den Brosamen, die von dem Tisch der freien Gewerkschaften fallen. Anfang 1930 waren die freien Gewerkschaften auf einen Mitgliederbestand von 4 948 276 angewachsen. Die freie Gewerkschaftsbewegung war in den organisatorischen Hochkonjunkturjahren noch wesentlich stärker. 1921 waren im Organisationsrahmen des ADGB 8 032 000 Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt. Nach der Währungsstabilisierung trennte sich die Spreu vom Weizen, und übrig blieben nur die charakterfesten Elemente innerhalb der Arbeiterschaft. Die weiblichen

Mitglieder machten bei den freien Gewerkschaften 15 Proz. der Mitglieder aus. Von den 907 000 insgesamt organisierten Arbeiterinnen befanden sich 740 000 oder 82 Proz. bei den freien Gewerkschaften. Mit einer Jahreseinnahme wie 1929 mit 251 Millionen war dieser gewaltige Organisationsblock auch finanziell zu einer nicht geringen Macht angewachsen. Daß auch die übrigen Einrichtungen der freien Gewerkschaften, durch eine jahrelange Aufbauarbeit geschaffen, auf der Höhe standen, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Die christlichen Gewerkschaften bilden im Rahmen der gesamten Gewerkschaftsbewegung die nächstfolgende Gruppe. Die Zahl der Organisierten beträgt jedoch nur ein Sechstel der freien Gewerkschaften. Die christliche Arbeiterbewegung beschränkte sich überwiegend auf West- und Süddeutschland. Im Jahre 1928 war eine Gesamteinnahme von 22 Millionen Mark zu verzeichnen. Das ist ungefähr der erste Teil der Jahreseinnahme, die die freien Gewerkschaften zu verzeichnen haben. Die christlichen sind nur ein schwacher Abklatsch der freien Gewerkschaften.

Die Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Dunker) bilden die dritte Gruppe der Gesamtbewegung in Deutschland. Anfang 1929 waren hier insgesamt 168 726 Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengeschlossen. Letztere sind bei den Hirschen zahlenmäßig schwach, denn insgesamt sind nur 12 658 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 1928 4 098 000 Mk. Die Hirsch-Dunker-schen Gewerkvereine werden in Deutschland nie zu einer ausschlaggebenden Bedeutung gelangen.

Das Jahrbuch der Berufsverbände verzeichnet als vierte Gruppe die Arbeiterverbände kommunistischer Richtung. Insgesamt wird hier Anfang 1929 eine Mitgliederzahl von 68 100 angegeben. Einbezogen in diese Gruppe sind die Syndikalisten, die revolutionären Industrierverbände, die Arbeiter-Unionen usw. Ein einheitliches Bild über die „revolutionären“ Organisationsrichtungen zu erhalten, ist nicht möglich.

In noch größerem Maße gilt dies von der sogenannten „wirtschaftsfriedlichen“ Gewerkschaftsbewegung. Selbst das objektive „Jahrbuch“ schreibt hierüber: „Für die Gruppe der Werks- und Betriebsgemeinschaften erstrebenden wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereinigungen besteht kein sicherer Anhalt dafür, welche Ausdehnung sie unter der Arbeiterschaft erreicht haben. Auf Tagungen genannte Zahlen sind in der Öffentlichkeit angezweifelt worden; dem Statistischen Reichsamt haben die Verbandsleitungen bei der Umfrage keinerlei Angaben gemacht, nachdem bei der vorhergehenden Umfrage darauf hingewiesen worden war, daß „wegen Umbildung innerhalb der Organisation Angaben zur Zeit nicht gemacht werden

könnten . . . Jedenfalls ist sicher, daß sich an dem gelben Charakter dieser Bewegung nichts geändert hat. Es bestehen eine Reihe Spitzenorganisationen, die sich teilweise hart befehdeten, aber doch nach längeren Einigungsverhandlungen zu der Gründung des Hauptausschusses der nationalen Industriearbeiterverbände kamen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch eventuelle Gewerkschaftsgründungen der Nationalsozialisten diese Bewegung einen gewissen Ansporn erhält.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in Deutschland in der Nachkriegszeit eine Beachtung gefunden, wie es vorher niemals der Fall war. Deshalb auch die Feindschaft gegen diese Massenorganisationen des Proletariats. Diese zahlreiche Gegnerschaft kann den freien Gewerkschaften nur zur Ehre gereichen. Die Gewerkschaften sind und bleiben ein Teil der modernen Wirtschaft. Dies hat bereits Staatssekretär Delbrück, ein Minister des kaiserlichen Deutschlands, mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: „Man hat vielfach die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften verkannt, während tatsächlich nach meiner festen Überzeugung die Gewerkschaften wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.“ Möge die freiheitlich orientierte Arbeiterschaft ihrer Gewerkschaftsbewegung die Liebe entgegenbringen, die sie verdient. In Zeiten wirtschaftlicher Katastrophen können diese keine Riesenerfolge bringen, aber gerade dann erweisen sie sich als ein Damm, der die Fluten der Reaktion in ihren Ufern hält.

Drei Millionen Mitglieder im Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Eine wertvolle Ergänzung der vom Zentralverband deutscher Konsumvereine veranstalteten vierteljährlichen Erhebungen — an denen nur die angeschlossenen Konsumgenossenschaften mit mehr als 400 Mitgliedern teilnehmen — stellen die alle Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes umfassenden Kalenderjahreserhebungen dar.

Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften — die sich im Jahre 1914 auf 1109 stellte — ging von 988 am 31. Dezember 1929 auf 974 am 31. Dezember 1930 zurück. Von den ausgeschiedenen Konsumgenossenschaften geriet eine in Konkurs, 4 traten in Liquidation, 5 wurden ausgeschlossen, 4 traten aus und 18 verschmolzen sich mit benachbarten Verbrauchervereinigungen.

Die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften erhöhte sich von 2 992 000 am Schlusse des Jahres 1929 auf 3 050 000 am Schlusse des Jahres 1930. Die seit dem Jahre 1927 nicht mehr erreichte Drei-Millionen-Grenze wurde damit wieder überschritten. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als durch die laufende Säuberung der Konsumgenossenschaftlichen Mitgliederlisten während der letzten sieben Jahre schätzungsweise etwa 1,5 Millionen Mitglieder durch das gesetzliche Ausschlußverfahren aus der Konsumgenossenschaftlichen Gemeinschaft entfernt worden sind.

Der Umsatz des Vorjahres konnte zwar nicht gehalten werden, doch der Rückgang des Umsatzes von 1242 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 1212 Millionen Mark im Berichtsjahre bewegt sich in verhältnismäßig engen Grenzen. Die eingetretene Umsatzenkung um 30 Millionen Mark oder 2,4 Proz. darf um so weniger als schwerwiegend gelten, als der deutsche

Lebensmitteleinzelhandel nach den Schätzungen gut unterrichteter Wirtschaftsführer und Wirtschaftsstatistiker im Jahre 1930 einen Umsatzrückgang um 9 bis 10 Proz. erlitten hat. — Der Durchschnittsumsatz je Mitglied war für das Jahr 1929 mit 415 M. ermittelt worden. Im Jahre 1930 ist er auf 397 M. zurückgegangen. In dieser Senkung des Durchschnittsumsatzes je Mitglied ist die wichtigste Ursache des Stillstandes der gesamten Umsatzentwicklung der Konsumgenossenschaften zu suchen. Der Umfang der Bedarfsgüterdeckung der Konsumgenossenschaftsmitglieder hat sich allgemein verkleinert.

Das Wachsen der Konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen hat eine Verlangsamung erfahren. Während die Spareinlagen im Jahre 1928 um 90 Millionen Mark und im Jahre 1929 um 77 Millionen Mark stiegen, beträgt die im Jahre 1930 eingetretene Vermehrung nur 32 Millionen Mark. Sie betragen insgesamt 406 362 Millionen Mark. Die eigenen Be-

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit beschäftigten, der zukünftigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindenden Söhne gehören in die Jugendabteilung des zukünftigen Verbandes

triebsmittel (Mitgliederanteilguthaben und Rücklagen aller Art) haben sich um 8 Proz. vermehrt. Die Anteilguthaben der Mitglieder stiegen von 61,1 Millionen auf 67,3 Millionen Mark. Die Rücklagen aller Art wuchsen von 61,5 Millionen auf 64,8 Millionen Mark. Das Verhältnis der eigenen Betriebsmittel zum Umsatz der Konsumgenossenschaften war in der Vorkriegszeit günstiger als im letzten Jahr. Aber die im letzten Jahr erfolgte Stärkung der eigenen Betriebsmittel beweist, daß die leitenden Männer in den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes die Vermehrung der Betriebsmittel — und besonders der eigenen Betriebsmittel — als notwendig ansehen. Der Umfang der Konsumgenossenschaftlichen Aufgaben ist gegenwärtig erheblich größer als vor 17 Jahren.

Das Ergebnis der letztjährigen Gemeinschaftsarbeit der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes gibt keinen Anlaß zum Frohlocken, jedoch erst recht keinen Grund zum Schwarzsehen. Die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes und ihr großes zentrales Wirtschaftsunternehmen — die Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine — haben auch im Jahre 1930 gegenüber den Auswirkungen der Wirtschaftskrise eine bewundernswerte Widerstandskraft gezeigt. Je mehr in der kommenden Zeit die Konsumgenossenschaftliche Treue wächst, desto sicherer und kraftvoller wird der vorübergehend zum Stillstand gekommene Aufstieg der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung fortgesetzt werden können.

Der Ausschuß des DGB.

trat am 10. März in Berlin zu seiner 11. Sitzung zusammen. Unter „Mitteilungen des Bundesvorstandes“ wies Leipart auf die nationalsozialistische Propaganda gegen die Konsumvereine hin, der die Gewerkschaften in ihrer Presse entschieden entgegenzutreten sollten. — Der Vorstand ist der Meinung, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai festgehalten werden soll, und zwar wie früher überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist. — Das Zentrum hat den Antrag gestellt, das Berufsausbildungsgesetz, daß alle Instanzen durchlaufen hat, erneut einzubringen. Auch die Sozialdemokratische Partei wird ihrerseits, einem Wunsche der Gewerkschaften entsprechend, die Verabschiedung des Gesetzes anregen. — Der AFl-Bund hat angeregt, einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden, der die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung untersuchen soll. Der Bundesvorstand hat dieser Anregung zugestimmt. — An dem Plan einer Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen wird festgehalten. — Der Vorstand des DGB. hat davon abgesehen, die in diesem Jahre geplante Internationale Arbeiterinnenkonferenz abzuhalten. Dagegen sollen bei Gelegenheit der Internationalen Arbeiterkonferenz, die sich mit der Nacharbeit der Frauen befassen wird, die dort anwesenden Vertreterinnen zu einer Konferenz zusammentreten. — Abschließend besprach Leipart die Vorbereitung für den Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M., der sich mit der Krise und dem Wege zu ihrer Überwindung befassen muß. Die Forderungen, die der Vorstand erheben wird, sollen in einem Sammelwerk unter Unterstützung von Sachverständigen eingehend begründet werden. Das Hauptreferat des Kongresses soll durch diese umfassende Begründung eine wissenschaftlich einwandfreie Grundlage erhalten.

In der Aussage über den Bericht wurde auf die großen finanziellen Schwierigkeiten mancher Zahlstellen hingewiesen. Die Ortsausschüsse müssen sich da, wo diese Schwierigkeiten bestehen, einschränken. Es geht nicht an, daß in dieser Zeit die Ortsausschüsse Gelder für neue Einrichtungen in Anspruch nähmen. — Leipart erwiderte, daß bezüglich der Beiträge an die Ortsausschüsse gelten müsse, daß die Gesamtinteressen mindestens ebenso wichtig sind, wie die Verbandsinteressen. Es muß nach geltendem Gewerkschaftsrecht für alle Mitglieder gezahlt werden. Dann können unter Umständen in Notfällen die Beiträge herabgesetzt werden.

Ueber „Die allgemeine Lage“ sprach ebenfalls Leipart. Er berichtete über den Ausgang der Verhandlungen mit den Unternehmern, mit denen sich der Bundesausschuß auf seiner letzten Tagung beschäftigt hatte. Mit den christlichen und den Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften haben Verhandlungen stattgefunden. Die Spitzenorganisationen kamen zu dem Ergebnis, daß von einem starren Schematismus der Tarifverträge keine Rede sein könne. Die Unternehmer denken bei ihren Beschwerden ja auch gar nicht an die Tarifverträge im allgemeinen, sondern nur an die Lohnabkommen. — Leipart wandte sich dann den Verhandlungen zu, die zu der gemeinsamen Erklärung der Spitzenorganisationen führte, die bei der Besprechung der Gewerkschaften mit dem Reichspräsidenten diesem unterbreitet wurde. Der Reichstanzler Brüning, der an der Unterredung teilnahm, hat erklärt, daß er die Besprechungen mit den Gewerkschaften fortsetzen würde. — Der Bundesvorstand hat sich auch mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm von Höring beschäftigt. Zu einem Teil deckt sich dessen Programm mit längst erhobenen Forderungen der Gewerkschaften, zum anderen Teil ist es undurchführbar. Die Gewerkschaften können sich daher nicht auf den Boden dieses Programms stellen.

Die Gewerkschaften haben zwar dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung erneut ihre Meinung gesagt, sich entschieden gegen den Lohnabbau gewendet und die Arbeitszeitverlängerung gefordert. Die Entschärfungen, die der Vorstand dem Ausschuß diesmal vorlegt, bedeuten eine nachdrückliche Bekräftigung der Forderung der

Verkürzung der Arbeitszeit. Die Schwierigkeiten zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung sind nach Auffassung des Vorstandes keineswegs unüberwindlich. Die Oktoberentscheidung hatte die Arbeitszeitverkürzung nur als Notmaßnahme gefordert. Die neue Entscheidung geht darüber hinaus. Sie legt unterschiedenes Gewicht darauf, daß eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen werden müsse, wenn der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wirksam Rechnung getragen werden solle.

Auch gegen den planmäßigen Lohnabbau muß der Bundesausschuß wiederum Stellung nehmen. — Im Zusammenhang damit müssen Verhandlungen des IGB. mit der Internationale der Bergarbeiter erwähnt werden, die sich mit der Arbeitszeitregelung im Bergbau beschäftigen. Was als Ergebnis bei den Genfer Verhandlungen herauskommen wird, steht dahin. Eine Sonderregelung der Arbeitszeit für die Bergarbeiter, die eine Schichtzeit von mehr als sieben Stunden festlegen würde, müßte jedoch dem Gedanken einer weitgehenden Verkürzung der Arbeitszeit Abbruch tun. Die Bergarbeiter müßten daher bei ihrer Forderung nach einer siebenstündigen Arbeitszeit beharren.

In der Aussprache wurden Bedenken dagegen geäußert, die Arbeitszeitverkürzung zu fordern, ohne daß gleichzeitig ein Lohnausgleich gefordert werde. Der Lohnabbau läßt eine andere Lösung nicht als praktisch durchführbar erscheinen. Die Kaufkraft ist erheblich zurückgegangen. Die schlechte Geschäftslage beweist das zur Genüge. Die Unternehmer wollen die Leistungen fortgesetzt erhöhen, die Löhne aber senken. Ebenso wollen sie die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Lohnfestsetzung abschaffen. Damit würde der Tarifvertrag wertlos. Schiedsprüche, die eine solche Forderung der Tarifverträge festlegen, dürfen nicht für verbindlich erklärt werden. Gegenüber solcher Praxis ist die Arbeitszeitverkürzung zwar ein wichtiges, aber nicht das einzige Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Begrüßt wurde der Schritt, den die Spitzenorganisationen und die Bergarbeiter bei Hindenburg unternommen haben. Ohne Zweifel hat diese unmittelbare Fühlungnahme auf Hindenburg, der sich zweifellos bemüht, ein objektives Bild der Gesamtlage zu gewinnen und die Interessen des Volksganzen Einzelinteressen überzuordnen, einen tiefen Eindruck gemacht. Es ist wichtig, ihn nicht allein den Einflüssen der Grünen Front zu überlassen, sondern ihm auch die Auffassung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft nahezubringen. — Kollege Krauß vom Buchdruckerverband schilderte die besonderen Verhältnisse dieses Berufes. Auch das graphische Gewerbe ist in den 6proz. Lohnabbau einbezogen worden. Das Ziel der Regierung, „eine Senkung der Reallohne“, wird auch durch eine parallele Preisabbauaktion nicht erreicht werden. Wozu überhaupt der staatliche Zwang in Gewerben, in denen sich die Gewerkschaften ohne Unterstützung der Unternehmer durch den Staat behaupten würden? Die Regierung will offenbar die einheitliche Linie ihrer Politik nicht durchbrechen lassen, aber aus Gründen, die keineswegs einleuchtend sind. Daher ist die Erbitterung über das Schlichtungswesen bei den Arbeitern im graphischen Gewerbe sehr groß.

Von allen Rednern, die an der Aussprache teilnahmen, wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaften in der heutigen Situation nicht mit der erfolgloseren Kraft vorgehen können, die sie unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen ausbringen könnten. Aber die Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft und die selbstverständlich verminderte Kampfkraft der Gewerkschaften ausnutzen und das vorhandene Elend steigern, diese brutale Machtpolitik darf und soll ihnen nicht vergehen werden. Die Zeit wird kommen, in denen die Gewerkschaften ihren Gegnern beweisen werden, daß ihr Kampfeswille durch die jetzige Krise sich zwar nicht voll entfalten kann, daß er aber ungebrochen ist und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisationen einsetzen wird, um das verlorene Gelände wiederzugewinnen.

Leipart ging abschließend auf einige der in der Debatte berührten Punkte ein. In der heutigen Zeit ist die Arbeitszeitverkürzung das einzige sofort wirksame Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit.

Die vorgelegten Entschlüsse, die wir an anderer Stelle bringen, wurden vom Bundesausschuß einmütig angenommen.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung werden die Beziehungen der Gewerkschaften in Memelland zu den deutschen Gewerkschaften erörtert. Leipart macht Mitteilungen über die Lage und die organisatorischen Verhältnisse der Gewerkschaften des Memellandes. Fast alle dortigen Gewerkschaften haben sich zum Memelländischen Gewerkschaftsbund zusammengefaßt und bei diesem besteht nun das Bestreben, sich mit den deutschen Gewerkschaften enger zu verbinden. Diesem Wunsche könne dadurch Rechnung getragen werden, daß sich der Memelländische Gewerkschaftsbund dem IGB. anschließt. Der Bundesausschuß ermächtigte den Vorstand, mit den memelländischen Gewerkschaften über eine solche Lösung zu verhandeln. — Leipart berichtet ferner, daß der Bundesvorstand die Veranstaltung eines Bauarbeiterkongresses

vorschlägt. Die Internationale Bauausstellung bietet einen erwünschten Anlaß zu dem Kongreß. Die meisten der beteiligten Verbände haben dem Gedanken bereits zugestimmt. Der Zweck des Kongresses soll sein, die Öffentlichkeit nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Bauarbeiterschutzes hinzuweisen. — Zur Beratung kommt dann die Frage des Verhältnisses einiger Verbände des IGB., die Angehörige zu ihren Mitgliedern zählen, zum IGB.-Bund.

Leipart schloß die Sitzung mit einem Hinweis auf die wachsende Not der Massen und die Sorgen der Gewerkschaften. In der schwersten Zeit müssen sich alle tätigen Menschen in der Bewegung ihren ersten Pflichten und der Größe ihrer Aufgabe doppelt bewußt sein. Die Gewerkschaften haben trotz allem keinen Anlaß zur Mutlosigkeit. Ihre Pflicht ist, die Sorge der Massen auf sich zu nehmen und die Schranken der Mutlosigkeit auch aus den Reihen der von stärkstem wirtschaftlichem Druck gequälten Arbeiterschaft zu bannen.

Gegen Lohnsenkung — Für Verkürzung der Arbeitszeit!

Der Bundesausschuß des IGB. nahm am 10. März in seiner 11. Sitzung Stellung zu den Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit. In den folgenden zwei Entschlüssen faßte der Bundesausschuß erneut seine Auffassung zu diesen Fragen zusammen. In den Beratungen kam einmütig der entschiedene Wille der Gewerkschaften zum Ausdruck, ihre Kraft einzusetzen und ihren ganzen Einfluß im öffentlichen Leben unablässig geltend zu machen für die Verwirklichung der erhobenen Forderungen.

Verkürzung der Arbeitszeit.

„Der Bundesausschuß erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamem Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.“

Der Bundesausschuß erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1930 die gesetzliche Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

Indem der Bundesausschuß wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitsgelegenheit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuß schärfsten Protest dagegen, daß bis in die

jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedsprüche gefällt und zwangsweise durchgeführt wurden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf fünf Tage oder vierzig Stunden beschränkt.“

Zur Lohnfrage.

„Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Beseitigung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftverminderung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.“

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und reiflos in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz weiterer Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuß erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung, wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rücksichtslosen Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere, weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Berechnung der Verbandsstoffe.

Table with 2 columns: Name des Gegenstands, Betrag. Includes items like 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung', 'Ermächtigung der Anwartschaften'.

Table with 2 columns: Name des Gegenstands, Betrag. Includes items like 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung', 'Ermächtigung der Anwartschaften'.

Table with 2 columns: Name des Gegenstands, Betrag. Includes items like 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung', 'Ermächtigung der Anwartschaften'.

Table with 2 columns: Name des Gegenstands, Betrag. Includes items like 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung', 'Ermächtigung der Anwartschaften'.

Table with 2 columns: Name des Gegenstands, Betrag. Includes items like 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung', 'Ermächtigung der Anwartschaften'.

Berechnung des Verbandes

Table with 10 columns: Name des Gegenstands, Mitgliedszahl, Gesamtsumme, etc. Includes items like 'Gemeindefürsorge', 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung'.

Table with 10 columns: Name des Gegenstands, Mitgliedszahl, Gesamtsumme, etc. Includes items like 'Gemeindefürsorge', 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung'.

Table with 10 columns: Name des Gegenstands, Mitgliedszahl, Gesamtsumme, etc. Includes items like 'Gemeindefürsorge', 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung'.

Table with 10 columns: Name des Gegenstands, Mitgliedszahl, Gesamtsumme, etc. Includes items like 'Gemeindefürsorge', 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung'.

Table with 10 columns: Name des Gegenstands, Mitgliedszahl, Gesamtsumme, etc. Includes items like 'Gemeindefürsorge', 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung'.

Vom 4. Quartal 1930.

der Infizierten.

Table with 10 columns: Name des Gegenstands, Mitgliedszahl, Gesamtsumme, etc. Includes items like 'Gemeindefürsorge', 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung'.

Table with 10 columns: Name des Gegenstands, Mitgliedszahl, Gesamtsumme, etc. Includes items like 'Gemeindefürsorge', 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung'.

Table with 10 columns: Name des Gegenstands, Mitgliedszahl, Gesamtsumme, etc. Includes items like 'Gemeindefürsorge', 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung'.

Table with 10 columns: Name des Gegenstands, Mitgliedszahl, Gesamtsumme, etc. Includes items like 'Gemeindefürsorge', 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung'.

Table with 10 columns: Name des Gegenstands, Mitgliedszahl, Gesamtsumme, etc. Includes items like 'Gemeindefürsorge', 'Eingelassen von den Mitgliedern', 'Erfolgreiches Versteigerung'.

Beiträge von 4. Quartal 1930 ... 7.612,50 M. ...

Beiträge für die Funktionär-Unterstützungsfeste ... 4.575,00 M. ...

Beiträge für die Funktionär-Unterstützungsfeste ... 4.575,00 M. ...

Beiträge für die Funktionär-Unterstützungsfeste ... 4.575,00 M. ...

Beiträge für die Funktionär-Unterstützungsfeste ... 4.575,00 M. ...

Zur Abrechnung vom 4. Quartal 1930.

Nach der vorliegenden Abrechnung zählte der Verband am 31. Dezember 1930 18 341 männliche und 36 454 weibliche, zusammen 54 795 Mitglieder. Gegenüber dem Stand vom 30. September bedeutet das einen Rückgang in der Mitgliederzahl um 58 männliche und 764 weibliche, zusammen um 822 Mitglieder.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

	Mitglieder	
1. Beitragsklasse	193 männl.	4 696 weibl.
1. " m. Jnv.	63	—
2. " "	380	9 428
3. " "	1 382	14 505
3. " m. Jnv.	—	6 471
4. " "	3 030	1 155
5. " "	13 293	119

Außerdem gehören noch 1539 Handwerstlehrlinge der Lehrlingsklasse an, gegenüber 1604 am Schluß des vorigen Quartals.

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des vierten Quartals 211 männliche und 1012 weibliche Berufsangehörige, sowie 109 Lehrlinge. Aus anderen Organisationen traten 25 männliche und 65 weibliche Mitglieder zu unserem Verband über. Diese Zugänge verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen:

a) Männliche:			
Lehrlingsklasse	109 Eintritte und	1 Uebertritt	
1. Beitrittsklasse	8	—	
2. " "	11	1	
3. " "	32	— Uebertritte	
4. " "	41	9	
5. " "	119	14	
b) Weibliche:			
1. Beitragsklasse	354 Eintritte und	26 Uebertritte	
2. " "	282	22	
3. " "	372	17	
4. " "	4	—	

An Eintrittsgeld wurden 741,60 Mfr. entrichtet, davon 205,60 Mfr. von männlichen und 536 Mfr. von weiblichen Mitgliedern.

An Beiträgen wurden insgesamt 478 767,55 Mfr. geleistet. Davon entfallen auf die männlichen Mitglieder für 174 732 Beiträge = 238 798,70 Mfr., auf die weiblichen Mitglieder für 343 590 Beiträge 237 200,60 Mfr. und auf die Lehrlingsklasse für 18 455 Beiträge 2768,25 Mfr. Nach dem Durchschnitt berechnet leistete in den 13 Wochen des Quartals jedes männliche Mitglied 9,5 Beiträge und jedes weibliche Mitglied 9,4 Beiträge. Die durchschnittliche Höhe jedes einzelnen Beitrages betrug bei den männlichen Mitgliedern 136,7 Pf., bei den weiblichen 69 Pf. und bei beiden zusammen 91,8 Pf.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt sich die Beitragsleistung wie folgt:

a) Männliche Mitglieder:		
Lehrlingsklasse	18 455 Beitr. à 15 Pf.	= 2 768,25 Mfr.
1. Beitragsklasse	2 020 Beitr. à 30 Pf.	= 606,—
1. " m. Jnv.	748 " à 50	= 374,—
2. " "	3 470 " à 60	= 2 082,—
3. " "	11 788 " à 75	= 8 841,—
4. " "	27 211 " à 120	= 32 653,20
5. " "	129 497 " à 150	= 194 242,50
Zusammen	174 732 Beiträge	= 238 798,70
b) Weibliche Mitglieder:		
1. Beitragsklasse	42 810 Beitr. à 30 Pf.	= 12 843,—
2. " "	89 114 " à 60	= 53 468,40
3. " "	136 491 " à 75	= 102 368,25
3. " m. Jnv.	62 909 " à 85	= 53 472,65
4. " "	11 169 " à 120	= 13 402,80
5. " "	1 097 " à 150	= 1 645,50
Zusammen	343 590 Beiträge	= 237 200,60

Von einem Mitglied, das vorübergehend einer anderen Gewerkschaft angehörte, war für diese Zeit auf Grund der Ziffer 4 auf Seite 42 des Verbandsstatuts

die Invalidenquote der Verbandsbeiträge für 352 Wochen à 20 Pf. = 70,40 Mfr. nachzuzahlen.

Für beitragsfreie Wochen infolge von Arbeitslosigkeit oder Krankheit wurden von den männlichen und weiblichen Mitgliedern zusammen für 190 437 Wochen beitragsfreie Marken geliebt. Durchschnittlich waren demnach in den 13 Wochen des 4. Quartals in jeder Woche 14 649 Mitglieder oder 26,7 Proz. der gesamten Mitgliederzahl erwerbslos.

An sonstigen Einnahmen sind in den Zahlstellen noch 507,95 Mfr. zu verzeichnen. Davon 467 05 Mfr. für zurückgezahlte Unterstüßungen, 40 Mfr. für nachträglich gezahlte Kampffondsmarken und —,90 Mfr. für verlorene Mitgliedsarten.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gauen belaufen sich auf 480 087,50 Mfr. Zuschüsse aus der Verbandskasse waren 35 292 Mfr. für Zahlstellen und 21 550 Mfr. für die Bezirksleiter, zusammen 56 842 Mfr. erforderlich.

Die gesamten Ausgaben der Zahlstellen und Gauen belaufen sich, ausschließlich der an die Verbandskasse eingelangten Beträge, auf 416 363,26 Mfr. An die Verbandskasse wurde der Betrag von 68 718,46 Mfr. eingeliefert.

Von den Ausgaben entfallen 209 466,50 Mfr. auf die Arbeitslosenunterstützung, welcher Betrag sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt:

1. Klasse männl.	96,30 Mfr.,	weibl.	1 591,20 Mfr.
2. " "	834,—	" "	15 951,50
3. " "	4 104,60	" "	78 493,30
4. " "	16 669,10	" "	7 585,40
5. " "	83 743,30	" "	3 411,70
Ausländer	56,10	" "	—,—

Zusamm. männl. 105 503,40 Mfr., weibl. 103 963,10 Mfr.

Für Krankenunterstützung waren 47 660,75 Mfr. erforderlich, die sich auf die einzelnen Beitragsklassen wie folgt verteilen:

1. Klasse männl.	42,60 Mfr.,	weibl.	860,40 Mfr.
2. " "	65,20	" "	5 632,35
3. " "	520,80	" "	17 581,70
4. " "	2 365,20	" "	2 122,80
5. " "	18 371,50	" "	98,20

Zusamm. männl. 21 365,30 Mfr., weibl. 26 295,45 Mfr.

Invalidenunterstützung kam an 416 männliche und 20 weibliche Invaliden im Betrage von 50 997 Mfr. zur Auszahlung, für ärztliche Hilfe waren 155 Mfr. zu erstatten. Für Umzugsunterstützung waren an 7 männliche Mitglieder zusammen 415 Mfr. zu zahlen.

An die Hinterbliebenen von 24 männlichen und 3 weiblichen verstorbenen Mitgliedern wurden zusammen 2412,50 Mfr. Unterstüßungen gezahlt. Für Rechtschutz wurden für 2 männliche und 6 weibliche Mitglieder zusammen 811,91 Mfr. aufgewandt.

Notstandsunterstützung kam an 5 männliche und 1 weibliches Mitglied mit zusammen 240 Mfr. zur Auszahlung. Als Gemahregelte waren 13 männliche und 11 weibliche Mitglieder mit zusammen 1924,85 Mfr. zu unterstützen.

An Extraunterstützung für ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder kam für das vierte Quartal noch der Betrag von 14 880 Mfr. zur Auszahlung.

Für Lohnbewegungen wurden in den Zahlstellen 3686,20 Mfr. verausgabt, davon für Streikunterstützung an 33 männliche und 49 weibliche Streikende 2399,90 Mfr.

Für außerordentliche Agitation wurden in den Zahlstellen 669,73 Mfr. verausgabt. Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben mußten 83 043,82 Mfr. den Zahlstellen und Gauen belassen werden. Als Vortrag für das 1. Quartal 1931 verblieben 59 061,22 Mfr. in den Kassen der Zahlstellen und Gauen, dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 25 885,43 Mfr. gegenübersteht.

Nach den Separatabrechnungen der Bezirksleiter hatten diese an Ausgaben noch 25 832,98 Mfr. zu bestreiten. In den Kassen der Be-

zirksleiter ist ein Bestand von 1692,38 Mfr. vorhanden, dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 3322,93 Mfr. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 165 501,16 Mfr. und an Ausgaben 337 710,41 Mfr. auf, so daß eine Mehrausgabe von 172 209,25 Mfr. zu verzeichnen ist.

Der Bestand der Reserven für die Invalidenunterstützung ist im 4. Quartal 1930 um 18 021,14 Mfr. gestiegen.

Die Unterstüßungskasse der Funktionäre schließt für das 4. Quartal 1930 mit einem Bestand von 130 749,41 Mfr. ab.

Fr. Bender.

Wer vertritt die Arbeiterschaft in den Betrieben?

Einzelne Verbände pflegen in ihrer Presse Angaben über die Betriebsrätewahlen und den Stand der Arbeitervertretung in den Betrieben zu bringen. Ein Gesamtüberblick über den Ausgang der Wahlen im Jahre 1930 konnte aber bis jetzt nicht gewonnen werden, da es der Berichterstattung der Verbände an Einheitlichkeit fehlte. Erst jetzt, mit großer Verspätung, die hoffentlich bei den jetzt stattfindenden Betriebsrätewahlen 1931 vermieden werden kann, sind wir imstande, die nachstehende Uebersicht bekanntzugeben, die die Berichte von 18 Verbänden zusammenfaßt. Es fehlen hier Berichte für das Baugewerbe (Baugewerksbund, Zimmerer, Dachdecker), in denen die gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiter auf besonderen Grundlagen ruht, und für das Bekleidungs-gewerbe, in dem die Erhebung durch die Vorherrschaft von kleineren Betrieben erschwert wurde. In den übrigen Gewerbezweigen sind in den Mittel- und Großbetrieben insgesamt etwas mehr als 7 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Da aber die Betriebsrätewahlen in der Regel nicht in sämtlichen dazu berechtigten Betrieben stattfinden (in erster Linie scheiden viele Mittelbetriebe aus), muß die Zahl der Arbeiter, die sich an den Betriebsrätewahlen 1930 beteiligt haben, erheblich unter 7 Millionen liegen. Die in der Tabelle zusammengestellten Berichte beziehen sich auf Betriebe mit rund 5,9 Millionen Beschäftigten, sie geben also den Ausfall der Betriebsrätewahlen mit ausreichender Vollständigkeit wieder.

In den erfaßten Betrieben wurden im Jahre 1930 insgesamt 156 145 Arbeiterratsmitglieder gewählt, die sich wie folgt verteilen:

Freie Gewerkschaften	. . . 135 689 (86,9 Proz.)
Christliche Gewerkschaften	. . . 11 333 (7,2 ")
H.-D. Gewerksvereine	. . . 1 561 (1,0 ")
Kommunisten, Syndikalist	
uvm.	. . . 2 374 (1,5 ")
Sonstige Vereinigungen	. . . 1 025 (0,7 ")
Nichtorganisierte	. . . 4 163 (2,7 ")

Die freien Gewerkschaften herrschen in sämtlichen Betriebsgruppen vor. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiterratsmitglieder schwankt zwischen 63 bzw. 76 Proz. im Bergbau und auf der Reichsbahn, und etwa 95 Proz. im Buchdruckgewerbe, in den öffentlichen Betrieben, bei den Malern u. a. m. Die Christen sind besonders stark im Bergbau (18,7 Proz.) und auf der Reichsbahn (15,8 Proz.) vertreten, haben aber auch in der Textilindustrie und Metallindustrie starke Positionen (9,4 bzw. 7,8 Proz. der gesamten Arbeiterratsmitglieder). Die H.-D. haben nur unter den Eisenbahnern und Metallarbeitern eine nennenswerte Anhänger-schaft. Den Kommunisten ist es gelungen, bei den letzten Betriebsrätewahlen ganze 1,5 Proz. der Mandate zu erobern, ein mögliches Ergebnis der Kämpfe, die unter ungeheurem Aufwand an Geldmitteln

mit allen erdentlichen Verleumdungswaffen geführt worden sind und nach den Berichten der kommunistischen Presse so siegreich verlaufen sein sollten. Unter den „Nichtorganisierten“ sind in den Berichten der Verbände auch die Selben angeführt (namentlich bei den Metallarbeitern, wo diese Gruppe 3 Proz. der Gesamtzahl der Mandate in den Betriebsräten besitzt), zum Teil sind hier aber auch Elemente, die den Kommunisten nahe stehen. Schließlich darf man nicht vergessen, daß gelegentlich auch nach den freigewerkschaftlichen Listen Kommunisten gewählt werden können, allerdings nur solche, denen keine gewerkschaftsfeindlichen Handlungen vorzuwerfen sind. Im ganzen sind die Kommunisten in den Betriebsräten — besonders in den Großbetrieben — immer noch stärker vertreten, als dies unsere Tabelle ergibt.

Die Wahlen in den Betrieben mit kommunistischen Oppositionslisten wurden bei der Erhebung besonders erfaßt. Die Zahl solcher Betriebe konnte nicht genau ermittelt werden, da die Angaben für den Bergbau fehlen, wo die Opposition die größte Aktivität entfaltet hat. Insgesamt spielten sich die Kämpfe in Betrieben mit etwa 1 Million Arbeitern ab (517 000 im Bergbau, 311 000 in der Metallindustrie, 86 000 im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes, 30 000 in der Textilindustrie usw.) In der Regel wurden die Oppositionslisten in den Großbetrieben eingereicht. Typisch sind in dieser Hinsicht Daten für die Metallindustrie. Hier fanden Betriebsräte wahlen in 12 478 Betrieben mit 1,5 Millionen Arbeitern statt, die kommunistische Opposition hat dabei ihre Listen nur in 213 Betrieben eingereicht, in denen allerdings etwa 20 Proz. der Gesamtzahl der Metallarbeiter konzentriert sind. In der Textilindustrie wurden die Oppositionslisten in 36 Fällen, im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes in 67 Fällen eingereicht. Es wurden jedesmal solche Betriebe ausgewählt, in denen die Opposition aus dem einen oder anderen Grunde auf Erfolg rechnen konnte. In einzelnen — allerdings außerordentlich seltenen — Fällen ist es den Kommunisten gelungen, die Mehrheit im Betriebsrat zu erhalten. Im Durchschnitt aber haben sie auch in den ausgewählten und konzentriert bearbeiteten Betrieben auf ihre gemeinschaftlich mit den „Unorganisierten“ aufgestellten Listen genau um die Hälfte weniger Stimmen gesammelt als die freien Gewerkschaften. Auf Grund der Wahlergebnisse läßt sich der Einfluß der Kommunisten in den Betrieben etwa so schätzen: bei fünf Sechstel der Belegschaften wagten sie nicht einen offenen Kampf gegen die Gewerkschaften zu liefern, bei einem Sechstel der Belegschaften haben sie 26,1 Proz. der Stimmen erhalten; im ganzen haben ihnen etwa 4 bis 5 Proz. der Arbeiter den Schutz ihrer Interessen in den Betriebsräten anvertraut, während etwa 80 bis 85 Proz. der Belegschaften zu den freien Gewerkschaften hielten.

Zur Geschichte der Buchbinderei in Westfalen.

I.

Am Ausgang des Mittelalters war Buchdruck und Buchbinderei in Westfalen zu einer gewissen Blüte gekommen, die für die Entwicklung dieser Gewerbe kulturgeschichtlich von Interesse ist. Mittelpunkt des westfälischen Buchdrucks und der Buchbinderei im 16. Jahrhundert war vornehmlich die Stadt Münster. Daneben erlangten Osnabrück, Paderborn, Lemgo, Dortmund und Soest nicht zu unterschätzende Bedeutung. Das ganze westfälische Buchdruckgewerbe jener Zeit stand in der Hauptsache im Dienst der Kirche, die eifrig darüber wachte, daß

nichts gedruckt wurde, was dem Geist der Kirche zuwider war.

Eine der ältesten Buchdruckereien Münsters war die des Gottfried Zwivels, der um 1550 vielbeachtete Druckwerte schuf und hierbei lateinische und deutsche Typen von bemerkenswerter Schönheit verwendete. Um 1590 war die Druckerei im Besitz eines Lambert Rasfeldt, dessen wie auch seines Vorgängers Druckwerte noch heute zu den geschätztesten Druckwerken der ältesten Periode des Buchdrucks zählen. Was die Farbe der Schrift anbelangt, so herrschte im Titel der Rotdruck vor. In späterer Zeit, im 17. Jahrhundert, erscheinen die Titel auch schwarz und rot gemischt gedruckt. In der ersten Zeit des münsterischen Buchdrucks sehen wir insbesondere die Feder vielfach die Anfangsbuchstaben durch zeichnerisches Beiwerk verschönern, doch keineswegs in einer Reichhaltigkeit, wie wir dies in großem Umfange bei alten Handschriften des Mittelalters gewöhnt sind.

Im 15. Jahrhundert lag die gewerbsmäßige Ausübung derartiger für den Buchschmuck bestimmter Federzeichnungen fast ausschließlich in den Händen der Fraterherren. Die Mitglieder dieses geistlichen Ordens hatten auf diesem Gebiete schon vorher in Köln Bedeutendes geleistet, bevor sie ihre Tätigkeit auch nach Münster ausdehnten. Die Kunst der Fraterherren in Buchschmuck stand auf vollendeter Höhe. Noch heute können wir an uns überkommenden Büchern dieses Jahrhunderts die von reichen Können getragene Buchkunst bewundern. Besonders große Kirchenbücher sind in diesem Sinne als überzeugende Dokumente zu bezeichnen, die uns eine künstlerisch vollendete Malerei befehlen. Diese Arbeiten der Fraterherren mögen mit einer der Ursachen gewesen sein, daß in den münsterischen Druckwerken erst zu Anfang des 16. Jahrhunderts der Holzschnitt seinen Eingang fand.

Was nun den westfälischen Bucheinband im 15. und 16. Jahrhundert betrifft, so war es vielfach üblich, schwache Druckwerke überhaupt ganz ohne Einband zu lassen, oder man nahm mehrere solcher schwachen Druckwerke zusammen und brachte sie in einem Band unter. Ersichtlich wirkten bei diesem Vorgehen die früheren Gewohnheiten gegenüber den Handschriften mit, bei denen noch mehr der Wert des Inhalts die Schönheit des Bucheinbandes bestimmte. Es war jene Zeit, in der der Besitz von Büchern gleichbedeutend mit Reichtum war, in der man Bücher angeht ihr Wertes an Ketten legte. Am Ausgang des 15. Jahrhunderts haben wir jene Zeit vor uns, in der man die mit Typen hergestellten Druckwerke im Werte wesentlich höher schätzte als Handschriften. Dies hatte zur Folge, daß man dem Bucheinband eine weitgehende Aufmerksamkeit schenkte. Um eine sachgemäße und möglichst auch künstlerische Ausführung des Bucheinbandes sicherzustellen, finden wir um die genannte Zeit sowohl für den Buchbinder als auch für den Buchdrucker eine behördliche Zensur eingeführt, die in manchen deutschen Landesgebieten, so auch in Westfalen, ausgeübt wurde. (Schluß folgt.)

INTERNATIONALES

Stand der Tarifverhandlungen in Dänemark.

Am 20. Februar fanden Besprechungen statt zwischen dem Verband der Buchbinder und der Buchbinder-Innung von Kopenhagen, sowie der Zentralvereinigung der Buchbindermeister in der Provinz. Der von den Unternehmern eingereichte Entwurf zu einem neuen Vertrag umfaßt nur das Buchbindergewerbe. Von der Kartonnagen-Industrie liegen noch keine Anträge auf Aenderung des bestehenden Tarifvertrages vor. Die Buchbindermeister schlagen eine generelle Lohnsenkung um 10 Proz. für alle Zeitlöhne und eine Kürzung der Akkordlöhne um 15 Proz. vor, wobei die vereinbarten Akkorde eingeschlossen sein sollen.

Es ist nur natürlich, daß unser Bruderverband ein derartiges Angebot nicht als Verhandlungsgrundlage anerkennen kann. Man ist deshalb dahin übereingekommen, in der ersten Hälfte des Monats März ernsthafte Verhandlungen einzuleiten, an denen sich wahrscheinlich auch die Kartonnagen-Industrie und Briefumschlagbranche beteiligen werden. Wenn es sich dabei herausstellen sollte, daß die Unternehmer gesonnen sind, an der von der Vereinigung der Arbeitgeber-Verbände heraus-

gegebenen Kriegsparole festzuhalten, dann wird es schwerlich zu einer Verständigung kommen und man darf sich auf ernste Kämpfe in Dänemark gefaßt machen.

*

Hohe Geldstrafen wegen Verletzung des Tarifvertrages in Südafrika.

In Südafrika, wo die Arbeitskraft des weißen, qualifizierten Arbeiters noch geschätzt und entsprechend geschützt wird, gibt es ein Gesetz, an das sich die Parteien bei Umgehung des Tarifvertrages wenden können. Und, was berechtigt ist, das Gesetz wird auch durchgeführt, wie sich aus folgendem ergibt, was für uns Buchbinder besonderes Interesse haben dürfte:

Ein Unternehmer wurde angezeigt, weil er eine Arbeiterin mit der Herstellung einer Arbeit beauftragt hatte, die im Tarifvertrage den Männern vorbehalten ist. Er hatte außerdem die Arbeiterin nicht tarifmäßig bezahlt, den Tarifvertrag nicht im Betriebe ausgehängt und sich andere Verstöße zuschulden kommen lassen. Er wurde zu einer Geldstrafe von fünf mal 20 Schilling verurteilt.

Ein anderer Unternehmer hatte sich zwölf Verstöße zuschulden kommen lassen. Unter anderem hatte er einen Lithographen an der Schneidemaschine beschäftigt, wofür wiederum nur Buchbinder zuständig sind. Dieser Unternehmer soll zehnmal 1 Pfund Sterling Geldstrafe entrichten oder er muß die Strafe durch 40 Tage Gefängnis absitzen.

In einem dritten Falle wurde der Unternehmer zwar nur zu einer Geldstrafe von neunmal 5 Schilling verurteilt, doch der Richter rügte es scharf, daß sich die verschiedenen buchgewerblichen Arbeiter dazu hergegeben hatten, zu einem niedrigeren als dem durch den Tarifvertrag vorgesehenen Lohnsatz zu arbeiten.

In Südafrika scheint man bessere Gesetze zu machen als bei uns im kultivierten Deutschland.

Meistertkursus der Innungsfachschule in Berlin.

Am 11. April beginnt wieder ein neuer Meisterfachkursus der Berliner Innungsfachschule. An diesem können teilnehmen: Gehilfen, die sich für die Meisterprüfung vorbereiten und Meister, die sich in der vorgeschrittenen Technik unseres Handwerks weiterbilden wollen.

Der Kursus ist halbjährlich und wird abgehalten an den Sonnabend-Nachmittagen von 3 bis 7 Uhr. Durch diese Zeiteinteilung ist es jedem in Arbeit Stehenden möglich, diese Kurse ohne Arbeitsverlust zu besuchen. Die Teilnehmer der bisher abgehaltenen sechs Kurse haben die Meisterprüfung durchweg mit gutem Erfolge abgelegt. Gute Vorkenntnisse sind allerdings Bedingung für jeden Teilnehmer.

Unterrichtsgegenstände sind:

1. Der gute Handeinband (Gangleder-, Halbfranz- und Pergamentband) sowie Handvergoldet. Lehrer Herr Buchbindermeister Gerlach.
2. Kontobucheinband und Marmorieren. Lehrer: Herr Buchbindermeister Treppfin. Anschließend Besprechung der gefertigten Arbeiten und Kalkulation.

Der Unterricht erfährt in diesem Jahr erstmalig eine Aenderung, indem Teilnehmer, die nur an einzelnen Techniken teilnehmen wollen, dies nach Vereinbarung mit dem Kursusleiter tun können.

Anmeldung erbittet möglichst umgehend **Schere, Obermeister, Berlin O 27, Paul-Singer-Straße 109.**

Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht versäumt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen

Berichte.

Burg bei Magdeburg. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens unserer Zahlstelle hielten wir am 7. März eine Festveranstaltung ab, die von unseren Kollegen und Kolleginnen ereignisreicherweise recht gut besucht war. Kollege Daehne wies bei der Eröffnung auf das sich weiter Bergwerksglück hin, worauf die Veranlassung die dabei verunglückten Bergleute in üblicher Weise ehrte. Nachdem den ausgesteuerten Kollegen und Kolleginnen eine weitere Unterstützung aus der Lokaltasse zugewilligt worden war, hielt Kollege Müller eine kurze Festansprache. Wenn die heutige Zeit auch zu ernst zum Feiern und das zehnjährige Bestehen einer Zahlstelle noch keine weltbewegende Begebenheit ist, dann ist es doch nützlich, einen kurzen Überblick über die vergangene Zeit zu geben. Das ist um so notwendiger, als sich ja in den letzten zehn Jahren nicht nur das politische, sondern auch das Gewerkschaftsleben von Grund auf geändert hat. Wir brauchen uns nur den Einfluß der Organisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzusehen. Unter Beachtung der reichstatariflichen Entlohnung und der tariflich festgelegten 48stündigen Arbeitswoche, der Ferien- und Feiertagsbegabungen, der Arbeit der Betriebsvertretungen usw. müssen wir erkennen, welchen erheblichen Fortschritt wir in diesen zehn Jahren gemacht haben. Besonders erfreulich ist es auch für uns, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage unser Mitgliederbestand nicht ungünstig beeinflusst wurde. Gerade jetzt haben wir alle Ursache, trotz der Erstarung des Unternehmertums uns nicht durch die Bestrebungen der NSD. in unserer Einheit und Schlagkraft lähmen zu lassen, sondern alle Gedanken darauf zu richten, daß uns das mühselig Erreichte erhalten bleibt, damit wir es zu gegebener Zeit weiter ausbauen können.

Zur Zeit der Gründung unserer Zahlstelle waren nur 20 Kollegen und Kolleginnen Einzelmitglieder unseres Verbandes. Im Jahre 1927 nahm die Zahlstelle einen bedeutenden Aufschwung, da sich die Kolleginnen zweier Betriebe dem Verband anschlossen. Die Mitgliederzahl stieg hierdurch auf 63. Von den Gründern gehören einzelne nicht mehr unserer Zahlstelle an. Als Vorsitzende fungierten seither die Kollegen Neumann, Schäfer, Gille und Daehne. Der letztgenannte leitet heute noch die Zahlstelle, und er verdient besonderen Dank, da er bereits seit acht Jahren an der Spitze der Zahlstelle steht und nebenbei auch fünf Jahre lang zugleich die Kassengeschäfte führte. In dieser Zeit hat er sich durch den Ausbau unserer Zahlstelle besondere Verdienste erworben. Die ältesten Mitglieder unserer Zahlstelle sind die Kollegen Gille mit 22 Jahren, Daehne mit 21 Jahren, Kriegenburg mit 18 und Müller mit 14, sowie die Kolleginnen Heidemann mit 15 und Timme mit 13 Jahren.

Die Festansprache des Kollegen Müller endete mit einem Hoch auf den Verband und unsere Zahlstelle. Anschließend an diesen offiziellen Teil folgte ein längeres gemüthliches Beisammensein.

Gießen-Wehlar. In unserer am 21. Februar stattgefundenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht über das verfllossene Jahr. Der Bericht bot ein sehr trübes Bild der Wirtschaftslage. Die Arbeitslosigkeit hat auch bei uns stark zugenommen, was sich auch in der Verschlechterung unserer Lokaltasse äußerte. Wir waren darum gezwungen, den Lokaltatbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Hierdurch sind wir in der Lage, unseren ausgesteuerten Mitgliedern eine monatliche Unterstützung von 10 bis 14 Mt. geben zu können.

Der Kassenbericht lag jedem Mitglied schriftlich vor. Unserem langjährigen Kassierer Zilch wurde für seine gute Kassenführung der Dank der Mitglieder ausgesprochen. Die sich anschließende Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Zum Schluß berichtete Kollege Mey-Frankfurt über die Lohnverhandlungen. Kollege Mey fand sehr aufmerksame Zuhörer, die ihm für seine interessanten Darlegungen lebhaft dankten. Nach der Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. In Anbetracht der Lageordnung und des Vortrages hätte sie besser besucht sein dürfen.

Saarbrücken. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 1. März statt. Kollege Kiefer erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß das vergangene Jahr an die örtliche Organisa-

tionaleitung große Anforderungen gestellt hat. Im Laufe des Jahres unternahm die Unternehmer mehrfache Versuche, Kurzarbeit einzuführen, um das Beschäftigungsrisiko auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Dank der Weisheit der Zahlstellenleitung war es möglich, diese Versuche zum großen Teil abzuwehren. Die Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr erheblich gesteigert. Am Schluß seiner Ausführungen berichtete Kollege Kiefer, daß die Unternehmer unter Lohnabkommen getündigt haben. Hierüber gab es eine rege Aussprache, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir einen Lohnabbau nicht ruhig hinnehmen werden, solange die Voraussetzungen hierzu nicht gegeben sind.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Dusbach. Die Aufwendung für die Unterstützung an Arbeitslose hat sich um ein Vielfaches vermehrt. Auch die Krankenunterstützung hat im vergangenen Jahre eine ungewöhnliche Höhe erreicht. Den ausgesteuerten Arbeitslosen wird eine monatliche Sonderunterstützung gewährt. Trotz der schlechten Wirtschaftslage hat sich unser Mitgliederbestand etwas erhöht.

Bei der Neuwahl der Zahlstellenleitung gab es keine Ueberraschungen, denn der alte Vorstand wurde wiedergewählt und die Verammlung betonte ausdrücklich ihr volles Vertrauen für diesen. Unser Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: Bevollmächtigter: Kiefer, zweiter Vorsitzender: Rudolf Müller, Kassierer: Dusbach, Schriftführer: Brück, Beisitzer: Appel, Roderich, Rosen und Mosler, Kartellbelegierte: Rosen und Erhardt Müller.

Im Bericht der Vertrauensleute kam zum Ausdruck, wie durch einen gut funktionierenden Vertrauenspersonenkörper der Verband gestärkt werden kann. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten sprach der Gauleiter der Buchdrucker, Kollege Störk, über „Unsere gegenwärtige Lohnbewegung“. Auf den Ernst der Lage mit lebhaftem Nachdruck aufmerksam machend, beleuchtete er die besonderen Verhältnisse des Saargebietes unter Beachtung der wirtschaftlichen Zustände im Reich. Er ermahnte, der kommenden Zeit

mit ruhigem und sicherem Blick entgegenzusehen und den Anweisungen der Organisationsleitung größte Beachtung zu schenken. Im Schlußwort richtete Kollege Kiefer einen Appell an die Mitglieder, das Gehörte auszuwerten und eine recht rege aktive Tätigkeit für die Organisation zu entfalten. Mit einem Hoch auf den Verband endete die Tagung.

Inhaltsverzeichnis.

- Die gewerkschaftliche Organisationsmacht.
Drei Millionen Mitglieder im Zentralverband deutscher Konsumvereine.
Der Ausschuß des ADGB.
Gegen Lohnsenkung — Für Verkürzung der Arbeitszeit!
Abrechnung des Verbandes vom 4. Quartal 1930.
Zur Abrechnung vom 4. Quartal 1930.
Wer vertritt die Arbeiterschaft in den Betrieben?
Zur Geschichte der Buchbinder in Weßfalen. I.
Internationales: Stand der Tarifverhandlungen in Dänemark. — Hohe Geldstrafen wegen Verletzung des Tarifvertrages in Südafrika.
Meisterkursus der Innungsschule in Berlin.
Berichte: Burg b. Magdeburg. — Gießen-Wehlar. — Saarbrücken.
Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: 1. Wahl eines Angestellten für den Gau Hanja und die Zahlstelle Hamburg-Altona. — 2. Einberufung der Verbandsversammlung. — 3. Zuschüsse aus der Lokaltasse. — 4. Lokaltatbeiträge. — 5. Materialverband. — Adressenänderung.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Wahl eines Angestellten für den Gau Hanja und die Zahlstelle Hamburg-Altona. Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung in Nr. 7 der „Buchbinder-Zeitung“ den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich um den vakant gewordenen Posten sechs Kollegen beworben haben. Die Bewerbungsschreiben wurden den Gau- und Zahlstellenvorständen in Hamburg zugeleitet, damit sie sich zu den Bewerbungsschreiben äußern. Einstimmig wurde dem Verbandsvorstand empfohlen, den Kollegen Ernst Braasch als den geeignetsten Bewerber zu wählen. Da gemäß § 40 im Statut der Verbandsvorstand gehalten ist, den Wünschen der Mitglieder des Gaus nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, hat er die Wahl des Kollegen Braasch im Sinne des von Hamburg gemachten Vorschlages vollzogen. Der Kollege Braasch tritt sein Amt am 1. April 1931 an, also nicht wie in Nr. 7 der „Buchbinder-Zeitung“ gefagt, am 1. März 1931. Der Kollege Küster bleibt bis zum 31. März in seiner Stellung und scheidet dann aus.

2. Einberufung der Verbandsversammlung. Alle überschüssigen Verbandsgelder sind immer sofort, spätestens aber vor Ende jeden Monats, an die Verbandskasse einzufenden. Da das erste Quartal mit der 13. Beitragswoche am 28. März abschließt, werden wir alle bis zum 31. März eingezahlten Geldsendungen noch als für das erste Quartal eingekandt verbuchen.

Die örtlichen Bevollmächtigten und die Revisoren sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß größere Geldbeträge nicht zurückgehalten, sondern an die Verbandskasse abgeführt werden; für eventuell eintretende Verluste sind die Zahlstellen haftbar.

3. Zuschüsse aus der Verbandskasse. Bei Anträgen um Zuwendung von Zuschüssen aus der Verbandskasse sind die dafür bestimmten Antragsformulare zu be-

nutzen, unter Beachtung der im Handbuch auf S. 98 gegebenen Anweisungen. Die Gesuche um Zuschüsse müssen vom Bevollmächtigten und vom Kassierer gemeinsam gestellt werden. Dabei ist anzugeben, warum der Zuschuß benötigt wird, und wie hoch die Einzahlung und Ausgabe des laufenden Quartals und der am Ort vorhandene Kassenbestand ist. Anträge, die diese Angaben nicht enthalten, können nicht berücksichtigt werden.

4. Die Lokaltatbeiträge sind in der Zahlstelle Schwerin I. Nr. ab Woche 10 mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in

Beitragsklasse	II	III	IV	V
	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
	20	20	40	40

5. Materialverband. An die Kassierer aller Gaus und Zahlstellen sind in den letzten Tagen verandt worden:

1. Abrechnungsformulare und Ergänzungsbogen für den Abschluß des 1. Quartals.
 2. Kassenabstufungsformulare für die Kassenrevisionen.
 3. Berichtsarten an den Gauvorstand über einen Auszug aus der Quartalsabrechnung.
 4. Rote Berichtsarten über im März gezahlte Extraausgaben an ausgesteuerte Arbeitslose.
- Sollte diese Sendung bis zum 28. März irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir um Nachricht.

*

Adressenänderung.

B = Bevollmächtigter; K = Kassierer.
Sonneberg I. Thür.: B.: Robert Bauer, Salzbrunnen 9. K.: H. Wächner, Helmstätten 11.

Der Verbandsvorstand.